

Bezugspreis: Vierteljährlich 7,50 M., monatlich 2,50 M., freilich Haus, vorwärts jährlich, Einzelne Nummern 10 Pfennig. ...

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 23. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 11753-54.

Clemenceau über unsere Kriegsgefangenen

Paris, den 20. Mai 1919. Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Reichsminister Grafen Broddorf-Rantzau ist heute folgende Antwort Clemenceaus auf die Note vom 10. d. M. betreffend Kriegsgefangene zugegangen:

Herr Präsident! Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Friedensdelegation vom 10. Mai 1919, betreffend Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen, einer Prüfung unterzogen. Sie legen Wert darauf, in Erwiderung auf diese Note die Erklärung abzugeben, daß sie die Befreiung der Kriegs- und Zivilgefangenen, welche sich Verbrechen oder Vergehen haben zuschulden kommen lassen, nicht zustimmen können.

Was die zweite Frage angeht, so bringt die deutsche Friedensdelegation keine bestimmte Anregung in Vorschlag, hinsichtlich dessen, was sich um die Wiedereinrichtung in der Heimat der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedens und dem ihrer Heimkehr ereignete. Die alliierten und assoziierten Mächte wissen nicht, welche Wiedereinrichtung werden könnte, denn sie haben sich mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bemüht.

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Friedensdelegation vom 10. Mai 1919, betreffend Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen, einer Prüfung unterzogen. Sie legen Wert darauf, in Erwiderung auf diese Note die Erklärung abzugeben, daß sie die Befreiung der Kriegs- und Zivilgefangenen, welche sich Verbrechen oder Vergehen haben zuschulden kommen lassen, nicht zustimmen können.

Die alliierten und assoziierten Mächte wissen nicht, welche Wiedereinrichtung werden könnte, denn sie haben sich mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bemüht.

Die alliierten und assoziierten Mächte wissen nicht, welche Wiedereinrichtung werden könnte, denn sie haben sich mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bemüht.

Die alliierten und assoziierten Mächte wissen nicht, welche Wiedereinrichtung werden könnte, denn sie haben sich mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bemüht.

Die alliierten und assoziierten Mächte wissen nicht, welche Wiedereinrichtung werden könnte, denn sie haben sich mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bemüht.

gehörig versorgt und angemessen behandelt, nach Friedensschluss heimzubefördern. Sie behauern indessen, daß die Menge der ihnen eigenen Heeren zur Verfügung stehenden Bekleidungsgegenstände noch völlig unzureichend ist und daß es keinen anderen Vorrat gibt, dem man das Nötige entnehmen könnte, um die deutschen Kriegsgefangenen neu auszukleiden.

Was endlich die Ernennung einer Kommission betrifft, die sich mit der Heimkehr der Kriegsgefangenen zu befassen hätte, so erden die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte mit höchster Bereitwilligkeit Kommissionen dieser Art einzusetzen, sobald der Friede unterzeichnet ist. Sie behauern indessen, an ihre Einsetzung nicht denken zu können, solange sie nicht benachrichtigt worden sind, daß die Bevollmächtigten des Deutschen Reiches den Frieden zu unterzeichnen beabsichtigen.

Dieser Note Clemenceaus ist ein Bericht des französischen Kriegsministeriums beigegeben, wonach die deutschen Gefangenen im großen ganzen ausreichend mit Kleidung und Unterleidung versehen sind.

Zu dieser Antwortnote bemerkt die zuständige Stelle: Die alliierten und assoziierten Regierungen führen zur Vermeidung ihrer Ablehnung der Freilassung derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich wegen anderer als disziplinärer Vergehen in Unterjochungs- oder Strafkraft befinden, einen anscheinend besonders krassen Fall an, wo sich ein deutscher Kriegsgefangener nach der Gefangenennahme eines Norddeutschen in Unterjochungs- oder Strafkraft befindet, und dessen Frau schuldig gemacht hat.

Die alliierten und assoziierten Regierungen werden wohl selbst nicht behaupten wollen, daß unter den früher in deutscher Hand befindlichen ihnen angehörigen Kriegsgefangenen keine Fälle dieser Art sich ereignet hätten. Im Gegenteil, es sind nur allzu viele Fälle vorgekommen.

Die alliierten und assoziierten Regierungen werden wohl selbst nicht behaupten wollen, daß unter den früher in deutscher Hand befindlichen ihnen angehörigen Kriegsgefangenen keine Fälle dieser Art sich ereignet hätten. Im Gegenteil, es sind nur allzu viele Fälle vorgekommen.

Die alliierten und assoziierten Regierungen werden wohl selbst nicht behaupten wollen, daß unter den früher in deutscher Hand befindlichen ihnen angehörigen Kriegsgefangenen keine Fälle dieser Art sich ereignet hätten. Im Gegenteil, es sind nur allzu viele Fälle vorgekommen.

Neue Schwierigkeiten der Friedenskonferenz.

Polnische Angriffsabsichten. Berlin, 22. Mai. Ein amerikanischer Junkspruch aus Rhon vom 20. d. M. meldet: Der Friedenskonferenz erwachsen neue Schwierigkeiten durch Polen, den Krieg zu beenden. Paderewski verhandelte stundenlang mit Wilson und Oberst House, um Amerikas Zustimmung für einen Krieg gegen Polen zu erwirken. Die heimliche Hoffnung des polnischen Premierministers schien zu sein, daß Deutschland sich der Ausführung der Friedensbedingungen für den Osten widersetzen möge, was den Polen die Möglichkeit gäbe, dem vertriebenen Gebiet der erdgütigen großen Schlag zu versetzen. Die Theorie der polnischen Führer ist einfach, zu kämpfen und einen Krieg gegen irgend jemand zu gewinnen. Es erfordert den höchsten Druck auf Paderewski, um ihn zu bewegen, in die Einstellung der Feindseligkeiten zu willigen. Polen glaubt heute, die stärkste Armee im Osten zu besitzen, und betrachtet diese Armee als wichtigstes Instrument. Die Führer erklären, daß eine Hoffnung auf Weiterbestehen der Nation, die zwischen feindlichen Mächten eingeschlossen ist, besteht, und man müsse zeigen, daß man über eine genügend starke Militärmacht verfüge, um den Weg in der Welt zu behaupten. Dieser amerikanische Junkspruch ist ein erneuter Beweis für die sogenannte und oft behauptete Friedfertigkeit und Aufrichtigkeit der Polen.

Französische Stimmen zur Fristverlängerung Drohungen gegen Vatikan und Amerika.

Verfaßtes, 22. Mai. "Matin" erklärt, daß die Fristverlängerung um acht Tage die letzte Frist bedeute. Die Alliierten würden 4-5 Tage zur Prüfung der deutschen Gegenwortschlüsse benötigen und dann eine sehr kurze Frist zur endgültigen Unterzeichnung des Friedens stellen. Laut "Matin" warte die Unterzeichnung etwa am 7. oder 8., laut "Echo de Paris" zwischen dem 10. und 15. Juni erfolgen. Laut "Petit Parisien" wird die der deutschen Delegation zu gewöhnlicher letzte Frist nach Prüfung der deutschen Gegenwortschlüsse durch die Alliierten 48 oder höchstens 72 Stunden betragen.

"Somme Libre" fragt, ob die deutsche Delegation die Verlängerung der Frist wirklich beantragt habe, weil sie mit ihren Arbeiten nicht fertig werden können, oder ob es sich nicht vielmehr darum gehandelt habe, der Scheidemannschen Regierung dadurch die Herbeiführung einer Einigung in Deutschland über ihre Haltung gegenüber dem Friedensvertrag zu ermöglichen, und andererseits den Freunden Deutschlands noch Zeit zum Eingreifen zugunsten Deutschlands zu geben; habe doch der Papst dem Kardinalbischof von Breslau schon mitgeteilt, daß er sich um Klärung der Bedingungen bemühe; man wisse auch, daß deutschfreundliche Kreise in Amerika auf dasselbe Ziel hinarbeiteten. Man brauche wohl nicht zu sagen, daß die Entente keinerlei Einmischung in die Verhandlungen, woher sie auch komme, dulden werde, so wenig von Amerikanern, die gegen Wilson Opposition trieben, als vom Vatikan, welcher während des ganzen Krieges nur für Deutschland Günstiges getan und niemals gegen deutsche Greuel protestiert habe. Wenn der Papst sich heute zum Verteidiger von Frauen- und Kindermördern, Kirchenschändern, Brandstiftern und Verleürern aller Verträge und Gesetze mache, so zeige er seine Parteilichkeit so sehr, daß sein Urteil auch nicht die geringste Aussicht auf Berücksichtigung habe. Die Alliierten wüßten, wie sie den Frieden herbeizuführen hätten, und würden sich von ihren Richtlinien nicht abbringen lassen.

Optimismus der Pariser Presse.

Genf, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht des "Vorwärts"). Die Pariser Presse verzeihet weiterhin ihren Optimismus bezüglich der Unterzeichnung des Friedensvertrages und vertritt die Ansicht, daß das detaillierte Zeremoniell der weltgeschichtlichen Aktion, die in der Spiegelgalerie stattfinden soll. So schreibt "Journal des Debats": "In den Kreisen der Friedenskonferenz wird man, was den Ausgang der Verhandlungen anbelangt, immer optimistischer, und man glaubt selbst, daß die Deutschen unterzeichnen werden. Aber es ist nicht zu verkennen, daß trotz des fröhlichen Optimismus, sie werden unterzeichnen, doch Zweifel sich zu regen beginnen. Sie ergeben sich in immer häufiger wiederkehrenden Drohungen für den Fall einer Nichtunterzeichnung. Während das "Echo de Paris" nicht an der Unterzeichnung zweifeln vermag, so ist doch besorgt, ob sie ohne Hintergedanken unterzeichnen werden. Es sei Sache der alliierten Mächte, Vorkehrungen zu treffen, daß Deutschland diesen Vertrag nicht ebenso behandelt wie den belgischen Neutralitätsvertrag.

Englische Vorbereitungen.

Genf, 22. Mai (S. R.). Reuter meldet aus London: Der englische Oberbefehlshaber Lord Robertson befehligt die Besatzungsdarmanen in Koblenz und konzentriert mit dem belgischen Armeeoberkommando. Es ist kein Geheimnis, daß die alliierten Truppen überall bereit sind, den Aufmarsch zu beginnen, sobald dies nötig sein wird.



# Ein Sozialdemokrat Bürgermeister von Wien.

## Bekanntnis zur deutschen Republik.

Wien, 22. Mai. Der heute zusammengetretene neue Gemeinderat wählte mit 110 gegen 52 Stimmen Jakob Neumann, Sozialdemokrat, zum Bürgermeister von Wien.

In der Rede, mit der Neumann die Wahl annahm, betonte er unter stürmlichem Beifall, daß die Bevölkerung, möge auch der Friedensvertrag jetzt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts verwehren, den festen Willen habe, daß Wien die zweite Hauptstadt der deutschen Republik werde.

## Die Marine gegen den Gewaltfrieden.

Kiel, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf einem der größten Plätze der Stadt Kiel fand gestern eine Kundgebung der Marine statt, wo sich Offiziere, Deskoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Garnison aus Kiel und Friedrichsort zu Tausenden versammelt hatten. Mehrere Redner erklärten die Friedensbedingungen für unannehmbar. Eine Entschließung in diesem Sinne an den Chef des Admiralstabes und den Reichswehrminister wurde einstimmig angenommen. Die Entschließung lautet darin aus, daß die Marine mit allen Kräften hinter der Regierung Ebert-Scheidemann stehe.

## Die Vorfälle in Schöneberg.

### Nur Schreckschüsse.

Zu unserem heutigen Bericht über die Auflösung einer kommunistischen Versammlung in Schöneberg, Hauptstraße 144, wird uns von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

Die Auflösung der Versammlung fand auf Ansuchen des Polizeipräsidenten Berlin statt. Kommandiert waren hierzu 1 Offizier und 50 Mann auf zwei Autos.

Nachdem die Versammlung aufgelöst war, versuchten die Teilnehmer, eine ebenfalls in der Hauptstraße, Ecke Velsiger Straße, stattfindende demokratische Versammlung zu sprengen. Das eine der beiden Autos übernahm den Schutz dieser Versammlung, kam hierbei aber stark ins Gedränge, so daß die gesamte Wachebereitschaft aus dem Kriminalgericht Koabit herbeigeholt werden mußte.

Die zahlreich und stark erregte Volksmenge wollte nicht gutwillig auseinander gehen. Die Mannschaften waren genötigt, Schreckschüsse abzugeben, besonders weil aus der Menge heraus und aus den Häusern auf die Truppe geschossen wurde, wobei ein Offizier durch Schuß in die Hand verwundet wurde. Es gelang schließlich, die Menge zu zerstreuen. Neun Personen wurden festgenommen. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß seitens der Truppe nur Schreckschüsse abgegeben und nicht in die Menge hineingeschossen wurde.

Teilweise im Gegensatz zu dieser Darstellung schildert eine Lokalcorrespondenz die Vorgänge nach Auflösung der ersten Versammlung folgendermaßen:

Die Anwesenden gingen in größter Ruhe auseinander, und zwar nicht im geschlossenen Zuge, sondern sie begaben sich in kleinen Trüben auf die Straße hinaus. Etwa 80 bis 100 jugendliche Personen scharten sich nun in der Hauptstraße zusammen und zogen nach der Hohenzollernschule in der Velsiger Straße, wo in einer Bürgerversammlung Oberbürgermeister Dominicus über den Gewaltfrieden sprach. Unter den Rufen: „Hat man uns die Versammlung gesprengt, dann dürft Ihr hier auch nicht reden!“ drangen die Rufe in den Saal und versuchten durch Rufen und Rufe zu hören. Die Schöneberger Bürgerwehr und Regierungstruppen wurden telefonisch herbeigerufen. Beim Eintreffen der Truppen schüchterten die Störenfriede, deren Zahl natürlich sich durch Neugierige sehr vermehrt hatte. Sie und da setzte sich ein Trupp zur Wehr und es fanden Verhaftungen statt. Dann aber wurde es

ruhig. Gegen 11 Uhr abends fuhr, aus welchem Grunde ist bis jetzt noch nicht festgestellt

vier Autos, gefüllt mit Soldaten, die Hauptstraße entlang nach dem Kaiser-Wilhelm-Platz und über den Platz, auf dem sich nur wenige Passanten befanden. Währenddessen mehrere Schüsse und in wilder Hast flüchtete alles in die Häuser. Um 11 Uhr wiederholte sich dieselbe Auffahrt von Militärtruppen. Parovollen der Bürgerwehr marschieren durch die Hauptstraße Schönebergs, und wiederum wurde eine Anzahl von Personen verhaftet. Es muß jedoch festgestellt werden, daß nach Aussage zahlreicher Zeugen die Einwohner Schönebergs nicht den geringsten Anlaß zu dem militärischen Ueberfall gegeben hat. Das wird uns von vielen Augenzeugen, die entschiedene Gegner der radikalen Parteien sind, bestätigt. Im Reichswehrministerium ist der Befehl zu einer solchen Aktion nicht erteilt worden. Es scheint sich also bei dieser sehr bedauerlichen Schieberei, bei der glücklicherweise Verwundete oder Tote nicht vorgekommen sind, um den Ueberreifer irgendeines Kommandeurs der Regierungstruppen gehandelt zu haben. (Dieser spätere Vorfall ist allerdings aufklärungsbedürftig. Red. d. „Vorw.“)

Wie wir erfahren, ist die Versammlung, die ursprünglich als öffentliche geplant war, wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung verboten worden. Die Veranstalter verurteilten sie nunmehr als Mitgliederversammlung abzuhalten. Trotzdem wurde sie verboten. Dieses Verbot erfolgte u. E. zu Unrecht. Ganz energisch muß aber gegen die Art der Auflösung protestiert werden. Selbst wenn man wirklich die Versammlung für unberechtigt hielt, so wäre es auf jeden Fall vernünftiger gewesen, sie tags zu lassen, als durch einen solchen Apparat eine ganze Stadt in Unruhe zu bringen. Zumal da der Referent Hauptmann v. Beerfelde war, ein Mann, der mit einem religiös zu nennenden Fanatismus jede Gewalttätigkeit (auch der Radikalen) verwirft, so würde das Stattfinden dieser Versammlung wirklich niemandem geschadet haben. Ein derartiges Vorgehen kann nur verbitternd wirken.

## Gegen das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozess.

### Demonstration in Kiel.

Kiel, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gestern mittags um 1 Uhr veranstaltete die Arbeiterschaft von Groß-Kiel eine machtvolle Kundgebung gegen das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozess. Punkt 12 Uhr mittags versammelten sich Arbeiter sämtlicher Betriebe geschlossen die Arbeit und zogen nach dem großen Wilhelmplatz, wo Redner aller drei sozialistischen Parteien Ansprachen hielten. Etwa 10 000 Personen nahmen an dieser Demonstration teil. Eine gemeinsame Entschließung unserer Partei und der Unabhängigen, worin gegen das Urteil protestiert, die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit gefordert und die Einigung des Proletariats gefordert wurde, fand einstimmige Annahme. Die Kommunisten, die auf demselben Platze etwas abseits tagten, hielten massige Reden gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, proklamierten die Diktatur des Proletariats und lehteten Einigungsbestrebungen ab. Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle.

## Preussische Landesversammlung.

(22. Sitzung, Freitag, den 22. Mai, mittags 12 Uhr.)

In der Preussischen Landesversammlung standen am Freitag zunächst kleine Anfragen auf der Tagesordnung. Eine Anfrage Klingmann betraf die Ausweisungen aus dem Saargebiet beantwortet ein Regierungsdirektor dahin, daß Protest eingeleitet, aber unbeantwortet geblieben sei. Eine Anfrage oberbayerischer Abgeordneter vom Centrum über Kirchenverhältnisse in Oberbayern und Unterbayern der öffentlichen Sicherheit beantwortet Minister des Inneren Heine dahin, daß, infolge der von den Polen vielfach betriebenen Oede traurige Sicherheitszustände eingetreten seien. Die Anzahl der Truppen und Gendarmen soll vermindert werden und eine Zentralstelle zur Bekämpfung

fung des Verbrechertums eingerichtet werden. Die übrigen Anfragen werden demnächst beantwortet werden. Darauf begründet Abg. Prof. Dr. Adershalben-Dormund einige hygienische Anträge des Ausschusses für Gesundheitspolitik. Minister hat die Erfüllung, soweit es die traurigen Finanzverhältnisse zulassen, zu. Die Anträge werden angenommen. Darauf wird die gestrige Debatte über das Volkswirtschaftsministerium fortgesetzt.

## Einigungsbestrebungen.

Die Zentralstelle für Einigung erläßt folgenden Aufruf an die Genossen:

Ueber die Notwendigkeit der Einigung ist genug geredet. Laßt uns handeln! Vom 21. Juni ab findet in Berlin ein Sozialistenkongreß aller sozialistischen Parteien statt. Dort muß die Einigkeit gesammelt werden. Jede Stadt, jeder Kreis, jede Delegierte sendet Räte in einigen Tagen. Seid bereit! Zuschriften sind zu richten an das Kongreß-Bureau des Deutschen Sozialistentages, Berlin W. 56, Oberwallstr. 1.

Solange sich die Unabhängigen in wüsten Beschimpfungen der sozialdemokratischen Partei ergehen und von ihr die Preisgabe ihrer demokratischen Grundzüge verlangen, sieht es mit den Aussichten der Einigung höchst trübe. Auf solcher Grundlage ist die Einigung für Sozialdemokraten schon aus Gründen der Selbstachtung ausgeschlossen.

An den Vorsitzenden der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie haben eine Anzahl Parteigenossen folgendes Protestschreiben gerichtet:

Die unterzeichneten Mitglieder der P. f. E. legen entschieden Betrugung ein gegen die Art und Weise, wie von einigen Rednern der Zentralstelle der Einigungsgebäude propagiert wird. Ist es schon nicht besonders erbaulich, wenn Referenten, die knapp das 19. Lebensjahr überschritten, und kaum drei Monate der Partei angehören, als offizielle Redner fungieren, so muß es geradezu erbitternd wirken, wenn in der jetzigen Zeit des Aufbaues unserer Partei, ein so frisches Mitglied wie der Genosse Berger, statt einigend zu wirken, den Spalt noch tiefer treibt. Sollte der Vorstand seine Redner nicht mit bestimmten Richtlinien versehen, die wirklich der Einigung dienen, so halten die unterzeichneten Mitglieder der Zentralstelle ihre weitere Tätigkeit dortselbst für eine Kräftevergeudung.

## Vogel ins Ausland entkommen?

### Die Pässe des Leutnants Lindemann.

Die Annahme, daß Oberleutnant Vogel mit Hilfe falscher Pässe, die von Leutnant Lindemann beschafft worden sind, das Ausland erreicht hat, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Lindemann, der als Kassierer wegen seiner Verfehlungen bei der Graphitstelle Strafverfolgung zu erwarten hatte, befand sich im Besitz von falschen Ausweisen; um im gegebenen Augenblick sich durch Flucht seiner drohenden Bestrafung zu entziehen. Lindemann hat offenbar sehr gute Beziehungen zu der Behörde des Berliner Polizeipräsidenten unterhalten. Das Polizeipräsidentium Berlin hat zwar mitgeteilt, daß offiziell keine Pässe an Lindemann ausgestellt sind, doch ist es sehr wahrscheinlich, daß der ehemalige Kassierer Freunde in der Pässe stelle beschafte, die ihm behilflich waren. Lindemann hat zu seinen ehemaligen Bekannten bei der Graphitstelle wiederholt gedehert, daß sein Bruder in der Pässe stelle des Polizeipräsidenten beschäftigt sei und daß er infolgedessen jeden gewünschten Paß haben könne. Nach unseren Ermittlungen ist nun allerdings ein Beamter namens Lindemann bei den Polizeibehörden von Berlin, Charlottenburg, Köpenick und Neudamm nicht beschäftigt, auch in dem letzten Monat nicht ange stellt gewesen. Dagegen ist es sehr wahrscheinlich, daß Lindemann nur deshalb die Behauptung verbreitet hat, sein Bruder sei bei einem Paßbureau beschäftigt, um später Spuren zu verwischen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Lindemann zu irgendeiner derartigen Stelle Beziehungen unterhalten hat, die ihm die Ausstellung falscher Ausweise ermöglichte.

## Ein Ausflug.

### Frühlingsbetrachtung von Emilie Waldamus.

Frühling war es nun endlich geworden. Nach langem, trotzigem Gaudern war der Frühling nun doch endlich zu uns hoffungsarmen Menschen gekommen. Der Ansehul, so stark, sicher und siegesbewußt, rief mich hinaus in Feld und Wald. Erben wollte ich, was der Frühling geschaffen, und genießen ein kühles, frohes Glück! Etwas Schönes, Beglückendes wollte ich leben und den träben Alltag auf Stunden vergessen. Freude sollte sprengen die dumpfe, bedrückende Enge, die ein langer Winter geschaffen, der uns schier unempfindlich und grämlich gemacht. Das Aufsteigende des frohländischen Frühlingstages wollte ich wie ein seltenes Glück genießen. Wald war ich allein und lag mich fest an dem goldenen Sonnengesundel, und die Augen hing an dem Jubelsturm an dem lauten, weichen Grün der Bäume. Der Blumen prägende Farben befelegten mich, und der Sonne belebende Wärm die ringdumder tausendfach neues Leben schuf, entfehlte auch mir neues Leben, neues Strömen, neue Kraft. Von sehnsüchtigem Nymphenus beflügelt, eilte ich fortwärts, den ganzen Frühling wollte ich sehen, den hellen, schimmernden Tag in mich teilen.

Hinter mir lag die Stadt, lag der Alltag, das Elend, die Sorge, die Not.

War mir die Hoffnung, die Kraft, das junge, neue Licht!

Da vor mir am Waldrand sah ich einen Vater mit seinem Kind. Er führte es an der Hand und zeigte ihm mit beglückender Freude im Blick das Wunder, die Wiebergeburten in der Natur. Er nahm mit liebevoller Behutsamkeit die Zweiglein und Astlein in die Hand und erklärte seinem Kinde die wunderbaren Gebilde und Wälder und Ari vom Baum und Strauch. Dann lauschten beide den Waldvögeln, und ich sah, der Vater war stolz und froh in seiner Beglückterrolle, seinem Kinde den Frühling offenbaren zu können.

Näh stand meine eigene Kindheit vor mir auf. Wie eine dunkle Wolkendeckelung schob sich das Erinnern vor den sonnigen Frühlingstag und umflüsterte mich die forden noch so heitere Stimmung. Da war keiner, der mich mit liebender Fürsorge an die Hand genommen und mich in den Frühling geföhrt hatte. Keiner, der sich um das Sehnen des Kindes gekümmert, wenn die Sonne höher lag, und das Elend der steinernen Höfe und die glanzlose Leere der grauen, dumpfen Häuser doppelt quälend auf den Gemütern lag. Keiner, der ihm Baum und Strauch, Blumen und Vögel in stolzer Beglückung gezeigt und ihm das neue, junge, leibende Leben offenbart hätte. Die Herrlichkeit und der Glanz der sonnigen Frühlingstage blieben ihm verschlossen.

Das Stadtblind wußte mir, daß da draußen, wo die Stadt zu Ende ging, man noch längerem Wandern, das aber in den ewig schmerzlichen Stiefeln und den Sommer und Winter stets gleichbleibenden Kleidern sehr ermüdete, in einen Wald kam, wo Bäume und Sträucher grünten, die es aber nicht konnte, wo Blumen in bunter Mannigfaltigkeit blühten und Vögel wieder sangen, so schön, wie es kein Mensch konnte. Und das Kind pfändte dann wohl wahllos die bunten Blumen und die grünen Reisler. Die Mutter hatte aber keine Zeit, die vielen Fragen ihres

Kindes zu beantworten, die kleinen Irrsinn immer dazwischen, und sie wußte wohl auch selber nicht, auf die vielen Fragen ihres Kindes Antwort zu geben. An den Vater vertraute sich das Kind selten heran, wenn er abends müde, abgebeugt und mürrisch von der Arbeit kam. Dann wollte auch meist die Sonne schon zu Seite gehen und das Plapperräuschen war müde geworden. Ehe dann der Lehrer in der nächsten Naturgeschichtsstunde die Blumen und Meise erklärte, da waren sie verwirrt, verdorrt und lahl geworden, hatten keinen Glanz mehr und ihre Neugierde mit ihren Erdbären und Schwärmern draußen in der Natur war verloren gegangen. Das Stadtblind lernte die Natur nur aus bunten Tafeln oder farblosen Zeichnungen kennen, die ihm der Lehrer mit dem Kohlestift erklärte.

Witter krieg es in mir auf, und ich sah fast mit Reib auf die Gruppe dort am Waldrand. Dieses sonnige Amlerland voll Glück, Verheben, voll gläubiger Andacht und Offenbarung war mir verfallen gewesen, war mir lange, lange noch darüber hinaus verfallen geblieben, bis, ja bis ein Wesirer kam, der alles Drückende, alles Knechtende und alles Erniedrigende von mir nahm und mich zum Menschen machte, mir die Empfangsbiligkeit, die Empfänglichkeit für alles Schöne und Gute wiedergab, nein, sie erst in voller Größe erweckte, sie pflegte und groß

Wie sah ich in meiner Jugend den Frühling und wo sah ich ihn! In einem großen, grün angeführten Hause, das inmitten anderer Häuser stand, sonnenleer. Im Vorderhaus wohnten zwölf Wiener und im Hinterhaus die gleiche Anzahl Wiener. Wenn dann der Frühling kam, dann malte er an die Hausfront, im Hausflur und an allen gestrichenen Wänden mit dunklen Strichen wunderliche Vögel und zerstückte Zaden. Meine Phantasie verlor sich Sinn und Leben hineinzu legen, und meine Augen sahen wild zerstückte Gebirge, und die Löcher, die durch die abgebrockelten-Kalkstücke entstanden waren, bildeten die Seen in den Landschaften. Meine Mutter sagte jedoch, jetzt schwindt das alte klobige Haus die Winterkälte aus und nahm in der Stube die Silber von den Wänden, damit sie nicht frans und stockfiedig wurden. In der Stube und Kammer roch es, wenn es draußen Frühling wurde, dumpf und muffig. Das blieb so trotz allen Sämpfens meiner Mutter, bis es Sommer wurde, und die Sommerbige das Wasser vollespaß aus den Wänden sog. An diesen Zeichen im Haus erkannte ich jahrelang den Frühling, und dann kam eine Zeit, da sah ich von dem Frühling jahrelang gar nichts und merkte nur, wenn es wärmer wurde, daß eine andere Jahreszeit die Herrschaft in der Natur angetreten hatte. Das war die dunkelste und schwerste Zeit in meinem Leben, da ich um ein Stückchen Brot, um das Notwendigste um Leben zu haben, bis in die Nacht hinein arbeiten mußte und Sonntags zu müde und abgestumpft war, um in die Natur zu wandern und den Frühling zu finden.

Ein Schreck überkam mich, und ich horchte in mich hinein. So lange war ich unfrei und gefesselt gewesen, gebunden an Elend, Sorge und Not, an Alltag, Enge und Kleinlichkeit, solange ein Weltgenosse meines eigenen Unvermögens zu erkennen! Solange aus geschlossen vom Glück, von der Freude!

Und meine Seele antwortete mir: solange war ich gefesselt,

war geknechtet, war unempfindlich, stumpf, fast tot, war bedrückt und zertreten durch die tägliche Front, war unglücklich und unzufrieden zugleich, hungrig nach etwas, was doch da sein mußte, um glücklich sein zu können; bis ich sie fand, die menschenheitsbetreffende, die menschenheitsbeglückende Religion; die Sozialismus!

Da begann ich zu lämpfen, da wurde ich frei, da begann ich zu suchen und fand Beglückung. Da öffneten sich mir die Tore des Erkennens, da fand ich den Frühling in mir und sah meinen Weg vor mir, den ich zu gehen hatte. Das wüßliche Leben nahm mich in seine Arme und ich fand es jetzt begehrenswert zu leben! Beglückt, gefunden zu haben, beglückt, beglückt zu können!

## Notizen.

Ein russisches Pantheon der Weltliteratur. Ein aus Petersburg eingetroffener Koblenzführer in Kopenhagen berichtet, daß der Rat der Volkskommunikation auf Anregung von Lunarscharkoff 40 Millionen Rubel für die Gründung eines „Pantheon der Weltliteratur“ ausgeschrieben hat. Diese Summe wurde in ihrem ganzen Umfange Maxim Gorki zur Verfügung gestellt. An die Herausgabe des „Pantheon“ ist allerdings vorherhand wegen technischer Schwierigkeiten nicht zu denken, doch sollen die Manuskripte fertiggestellt und geordnet werden. Das Unternehmen ist zugleich eine Notation für die furchtbare nollebenden Dichter und Literaturschriftsteller; der Druckbogen soll ihnen mit 1000 Rubel honoriert werden.

Theater. Die nächste Erstaufführung der Volkshöhne wird Angenrühbers Schwanl „Die Jungferngis“ sein. Regie: Paul Lehmann. Bühnenbilder: Karl Jakob Dirsch.

Kunstchronik. Außer Lionel Feininger ist jetzt auch der Maler Johannes Zitter, ein Schüler Adolf Hölzels, der in den Ausstellungen des „Sturm“ bekanntgeworden ist, und der junge Bildhauer Gerhard Kardas an die Weimarer Akademie berufen worden.

Wissenschaftliche Literatur. Rühler durch die bolschewistische und antibolschewistische Literatur“ gibt das „Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus“, heraus. Ueber 350 Titel von Büchern, Zeitschriften und Zeitungsausschnitten sind darin zusammengelagert. Auf einigermaßen vollständigkeit kann diese Sammlung jedoch keinen Anspruch machen. So z. B. fehlen ganze Erscheinungsgruppen. Man vermehrt vor allem die deutschsprachigen Publikationen der bolschewistischen Propaganda mit ihren Zeitungen, Zeitschriften, Protokollen und Aufzügen von Stockholm, Petersburg, Moskwa usw. aus, neben einigen schweizerischen Erscheinungen. Ebenfalls findet man darin die wichtigen Artikel aus der „Leipziger Volkszeitung“, der „Arbeiterpolitik“, des „Sozialdemokrat“ (Stuttgart), wie überhaupt die sozialdemokratische Presse in der Sammlung sehr zu kurz gekommen ist.

Wolfsbildungsamt für Groß-Berlin. In dem viertägigen Kussag in Nr. 258 hat ein Druckfehler den Schluss der ersten Spalte einen Nachnamen in Kaufmann verdrängt. Er muß dort richtig heißen: „Wir haben bei mehreren Vororten jetzt vor der Frage von Neugründungen (von Wädeleien) und bestimmten nicht selten das rechte Verständnis für die Schwierigkeiten, die nur der Fachmann kennen kann.“



# Prozess Ledebour.

Nachdem die heutige Sitzung des Schwurgerichts eröffnet war, stellte Rechtsanwalt Rosenfeld den Antrag, den Angeklagten Ledebour aus der Haft zu entlassen. Zur Begründung des Antrages führte der Verteidiger aus: Der Angeklagte wurde seinerzeit verhaftet, ohne daß ein Haftbefehl vorlag. Erst nach mehreren Tagen wurde der Haftbefehl erlassen. Er wurde verhaftet in dem Augenblick, als er sich mitten in Vergleichsverhandlungen befand, durch ein schmerzliches Konflikt zwischen zwei Parteien beigelegt werden sollte. Durch die Verhaftung ist dem Angeklagten schweres Unrecht geschehen. Noch nie ist in höherem Maße die Verhaftung als Mittel zur Bekämpfung eines politischen Gegners angewandt worden wie in diesem Falle. Kollisionsgefahr kommt nicht in Frage, denn der Angeklagte hat mit rücksichtsloser Offenheit über alles, was sich auf diesen Prozeß bezieht, ausgesprochen. Von Fluchtverdacht kann keine Rede sein. Es ist undenkbar, daß ein Mann, der sich so verhält, wie es Ledebour hier tut, auf den Gedanken kommen sollte, sich dem Verfahren gegen ihn durch die Flucht zu entziehen. Der Angeklagte Ledebour hat ja hier gesagt, daß die Regierung ihn freilassen würde, wenn sie wüßte, er würde fliehen. Ja, so ist es, die Regierung fürchtet Ledebour wegen seiner politischen Tätigkeit. Deshalb wünscht sie, daß er in Haft bleibt. Aber das Gericht wird sich doch nur leiten lassen durch die Gesichtspunkte, die in dieser Verhandlung zutage getreten sind. Und die ergeben nichts, was die Aufrechterhaltung der Haft begründen könnte. Es ist auch zu bedenken, daß Täglich, der auf Grund desselben Materials wie Ledebour angeklagt ist, auf freiem Fuß belassen wurde. So wenig wie gegenüber Täglich ist gegenüber Ledebour die Haft begründet. Wenn man den Angeklagten Ledebour trotzdem in Haft behält, so geschieht ihm schweres Unrecht.

**Staatsanwaltschaftsrat Gysae:** Von einem Unrecht gegen den Angeklagten kann in keiner Weise die Rede sein. Ich bitte, den Antrag der Verteidigung abzulehnen, er ist durch nichts begründet. Warum wird der Antrag gerade in diesem Augenblick gestellt? Er ist schon vor der Hauptverhandlung wiederholt gestellt worden, sowohl bei den Gerichtsbehörden wie bei den politischen Behörden der neuen Zeit. Die Stimme, die sich für die Entlassung aus der Haft erhoben hat, ist doch nur von einem sehr kleinen Teil des Volkes und der Arbeiterschaft laut geworden. Die Mehrheit hat befunden, daß sie für Selbstbehaltung der Haft ist. Es ist darauf hingewiesen, daß der Angeklagte mitten in Vergleichsverhandlungen verhaftet wurde. Aber über den Inhalt dieser Verhandlungen, der doch von größter Bedeutung ist, wissen wir außer den eigenen Angaben des Angeklagten noch nichts. Der Fluchtverdacht wird durch die politischen Reumutungen begründet. Tatsachen beweisen, daß eine Reihe mißbezüglicher Personen, so Herr Schölske, unauffindbar sind. Wenn der Angeklagte auch nicht über den Ocean fliehen kann, so hat er doch Gelegenheit, sich mit Hilfe seiner Freunde in nächster Nähe verborgen zu halten.

Die Rechtsanwältin Herzfeld und Obuch begründeten den Antrag ihres Mitverteidigers in demselben Sinne wie dieser. Rechtsanwältin Herzfeld bemerkte, eine Mehrheit für die Selbstbehaltung der Haft Ledebours habe sich nirgends gezeigt, im Gegenteil, die Mehrheit der Arbeiterschaft sei für die Haftentlassung. — Rechtsanwältin Obuch bescheinigte die Verhaftung Ledebours als einen politischen Skandal. Der Vorsitzende rügte diesen Ausdruck.

**Rechtsanwalt:** Es wurde erwähnt, daß sich manche meiner politischen Freunde dem Verfahren gegen sie durch Flucht entzogen haben. Ich halte es nicht für die Pflicht revolutionärer Kämpfer, sich unter allen Umständen ihren Häschern zu stellen. Es könnten sich Umstände ergeben haben, wo auch ich so gehandelt hätte, wie es andere meiner politischen Freunde getan haben. Das nehme ich auch für meinen Freund Schölske in Anspruch. Daß ich nicht geflohen bin und nicht fliehen werde, das liegt an den besonderen Umständen. Ich befinde mich in der revolutionären Bewegung in derselben Situation wie ein Soldat oder Kommandant auf einem äußersten Vorposten, der unter Einsetzung der ganzen Verantwortlichkeit und des Lebens bis zum bitteren Ende gehalten werden muß. Dieser Aufgabe bin ich mir bewußt

und werde ihr gerecht werden. Wenn das Gericht den Antrag meiner Verteidiger annimmt, so werde ich unter keinen Umständen fliehen. Ich werde am Montag hier pünktlich zur Stelle sein, denn ich betrachte es als meine Aufgabe, an dieser Stelle, die jetzt zum Brennpunkt des revolutionären Kampfes geworden ist, meine Pflicht gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands und der Internationale zu erfüllen. Es würde Verrat an der Sache der revolutionären Arbeiterschaft sein, wenn ich meine Freiheit benutzen würde, um zu fliehen. Es ist hier auch erwähnt worden, meine politischen Freunde könnten den Versuch machen, mich zu befreien. Ich richte, da ich keine andere Möglichkeit habe, von dieser Stelle den

## Appell an meine Freunde,

an die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins, daß ich sie dringend warne, für den Fall, daß meine Haftentlassung abgelehnt werden sollte, keinen Befreiungsversuch zu machen. Abgesehen davon, daß er unter den tatsächlichen Umständen das Gegenteil von dem erreichen würde, was meine Freunde wünschen, erwarte ich, daß ein Befreiungsversuch unterbleibt. Ich bitte meine Freunde, sich nicht durch Locksperre zu einem Befreiungsversuch verleiten zu lassen. Für den Fall einer Freilassung richte ich aber an das Obertribunal die Bitte, seine Höflichkeit und Wohlwollen nicht auf meine Spur zu legen.

**Vorl. Landg.-Dir. Pocco** bemerkt, die letztere Äußerung befindet sich nicht mehr im Rahmen dieses Prozesses.

Nach einer 15minütigen Beratung des Gerichts verkündet der Vorsitzende den Bescheid:

**Der Antrag auf Aufhebung der Untersuchungshaft wird abgelehnt.** Der Antrag ist zurück. Der dringende Tatverdacht ist bisher nicht beseitigt. Die Möglichkeit einer Befreiung ist nicht ausgeschlossen. Die Untersuchungshaft soll nicht nur der geordneten Durchführung des Verfahrens, sondern auch der Durchführung der Strafverfolgung dienen. Das Gericht glaubt dem Angeklagten, daß er sich dem Gerichtsverfahren nicht durch die Flucht entziehen wird. Aber für den Fall der Verurteilung ist der Fluchtverdacht nicht beseitigt, denn nach einer einmaligen Verurteilung würde der Angeklagte vor der Wahl stehen, entweder seiner revolutionären Tätigkeit für längere Zeit entzogen zu sein oder sie von einem verborgenen Ort weiter zu betreiben. Wenn auch die Haft den Angeklagten schwer trifft, so kann sie doch nicht aufgehoben werden.

**Rechtsanwalt Liebnecht** beantragt nunmehr, die Haft für die Dauer des Verfahrens aufzuheben und erst nach seiner Verurteilung den Angeklagten wieder in Haft zu nehmen. Dieser Antrag erregte sich aus der Begründung des Ablehnungsbeschlusses, denn das Gericht sage ja selber, daß der Fluchtverdacht für die Dauer des Prozesses nicht beseitigt.

**Angell. Ledebour** schließt sich dem Antrag an und bemerkt, er sei bereit, sich an dem Tage, wo das Urteil gefällt werde, noch vor der Urteilsverkündung wieder zur Haft zu stellen. Damit sei also auch die Annahme, daß er im Falle einer Verurteilung fliehen würde, hinfällig.

Es kommt zu Erörterungen zwischen den Verteidigern und den Rechtsanwältinnen über die rechtliche Zulässigkeit des Antrages Liebnechts. — Rechtsanwältin Liebnecht sagt, jetzt werde die Haft nicht mehr aus Gründen des Strafprozesses aufrechterhalten, sondern sie sei eine rein politische Maßnahme.

Der Vorsitzende rügte diesen Ausdruck. Staatsanwalt Jumbroich beantragt, den Rechtsanwältin Liebnecht wegen dieser Bemerkung in eine Angeklagtenrolle von 100 M. zu nehmen. Nach einhelliger Beratung des Gerichts verkündet der Vorsitzende:

**Rechtsanwältin Liebnecht** hat dem Gericht den Vorwurf der Rechtsbeugung aus politischen Gründen gemacht. Das ist eine Verletzung der Würde des Gerichts. Rechtsanwältin Liebnecht wird deshalb in eine Angeklagtenrolle von 100 M. genommen.

Der Bescheid über den erneuten Antrag der Verteidigung über die Haftentlassung des Angeklagten wird erst nach der Mittagspause gefaßt.

wird auch diesmal, sobald die Vorkehrungsmaßregeln wieder eingeleitet sind, wesentlich in der Menge zurückgehen. Die Reichshalle ist bemüht, die Milchlieferung Groß-Berlins dadurch zu bessern, daß sie der Zeitstelle Groß-Berlin recht erhebliche Mengen Kondensmilch überweisen hat, was die Zeitstelle Groß-Berlin untermündet läßt. Im weiteren sind Vorarbeiten zur Umstellung einer größeren Menge von Butterlieferungen in Milchlieferungen abgeschlossen und bei Durchführung dieser Maßnahme ist eine Steigerung der Milchzufuhr voranschreitend zu erwarten. Weitergehende Hoffnungen der großstädtischen Bevölkerung auf eine erheblich bessere Milchversorgung werden sich allerdings so lange kaum erfüllen können, bis wir wieder normale Produktionsverhältnisse haben und vor allem bis Milchzufuhr wieder zur Verfügung steht.

## Reiche Fischzufuhren für Berlin.

Am Laufe des gestrigen Tages ist eine große Sendung dänischer Seefische in Berlin eingetroffen, welche hier zum Verkauf gelangen. Der Fischkommissar hat von dänischen Firmen ein Quantum von etwa 120 000 Zentnern Seefischen, Kabeljau, Schollen und — allerdings nur ein geringes Quantum — Seesungen angelauft. Die Fische kamen in annähernd 100 Waggons aus dem dänischen Hauptfischhafen Esbjerg hier an und sind den Fisch-Händler zu geführt worden.

## Ein neuer Mord.

In der Lohrbringer Straße 78 ist der Besitzer des Obst- und Eisgeschäfts, ein Italiener namens Sade, im Geschäft ermordet aufgefunden worden. Die Mordkommission ist unterwegs.

## Tilgung der Mietschulden der Kriegsteilnehmer.

Der Mieterbund Groß-Berlin hat an die Gemeindevorstellungen eine Eingabe gerichtet, in welcher er die Tilgung der während des Krieges aufgelaufenen Mietschulden der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen in folgender Weise vorschlägt: Die Gemeinde soll ein Drittel übernehmen, der Vermieter soll ein Drittel erlassen und der Mieter soll ein Drittel selbst zahlen. Dadurch kommt der Vermieter zu zwei Dritteln seiner Kassenstände, und der Mieter kann seine wirtschaftliche Lage wieder ins Gleichgewicht bringen. Mit je 10 M. Vorzahlung des Mieters sollen also 30 M. Mietschuld getilgt sein.

**Ausstellung „Einfacher Haushalt“.** Die vom Deutschen Volksbund, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Berliner Kunsthistorischen Museum auf Anregung des preussischen Kultusministeriums veranstaltete Ausstellung „Einfacher Haushalt“ im Kunstgewerbemuseum, Prinz-Albrecht-Straße 8, ist bis zum 31. Mai verlängert worden. Sie ist täglich, außer Montag, von 9—3 Uhr und Dienstag und Donnerstag von 8—3 Uhr geöffnet.

Mieterräte sind in einer Reihe von Groß-Berliner Orten gebildet oder in der Entstehung begriffen, so in Steglitz, Wilmersdorf, Charlottenburg, Berlin, Treptow, Neukölln usw. Der Mieterbund hat hierzu in einer Reihe von Versammlungen Stellung genommen und ist bemüht, die Mieterräte innerhalb seiner Organisation nach einheitlichem Plan in Wirklichkeit treten zu lassen. Der Vorsitzende des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine hat

sich auf Befragen grundsätzlich zumutend geäußert; es wird geplant, die Mieterräte in dem zwischen dem Hausbesitzerorganisationsrat und dem Mieterbund zu vereinbarenden Mietvertrag zu verankern. Bei soliden Hausbesitzern wird der Mietertrat ausgleichend wirken, den unsoliden gegenüber wird er die Stellung der Mieter stärken. Ein Mitbestimmungsrecht der Mieterräte bei allen Hausangelegenheiten und ihre Mitwirkung beim Miet-einigungsamt ist in Aussicht genommen.

**Unbekannte Leiche.** Am 17. wurde aus der Spree an der Kottbuscher Straße die Leiche eines 55—60 Jahre alten Mannes gefischt. Derselbe hat grau meliertes blondes Haar und war mit grau gestreifter Hose und Weste, weißem Umlegekragen und grünem Einbeckschiff sowie dunklem Jackett bekleidet. Die Leiche wurde nach dem Schaufahrer Charlottenburg überführt und kann dort befragt werden. Nachrichten über die Person des Toten erbittet der Amts-vorstand in Kottbusch bei Spandau.

**Sportplatz Treptow, Ringkampf-Match Schwarz-Weber.** Die Direktion hat sich nach Bekanntwerden der Anforderung des neuen Reichsringkampfverbandes, Hans Schwarz, an den Weltmeisteringler Heinrich Weber, den Sportplatz für die Austragung dieses zurzeit größten ringverpflichteten Ereignisses zur Verfügung zu stellen. Beide, Schwarz wie Weber, sind auf diesen Sportplatz einbezogen, und so dürfte dieses Zusammenstoßes voraussichtlich Anfang nächster Woche stattfinden.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag vormittag 11 Uhr Klosterstraße, 108. Herr Dr. Pöschke des Herrn Dr. Bruno Wille: Selbstredete Willkommen. — Gäste willkommen.

**Lichtspiele „Rene Philharmonie“.** Vom 22. Mai ab „Menschen, die das Glück verachten“, hierzu „Dahm-Wäckerle“, ein Märchenroman.

**Cöpenick, Stadtratsversammlung.** In der letzten Sitzung wurde der Gaspreis erhöht, und zwar ab 1. Mai von 40 auf 50 Pf. pro Kubikmeter für Heutz-, Koch- und Industriezwecke; für Automatenzwecke von 42 Pf. auf 52 Pf. Der Magistrat hatte die Erhöhung des Automatenzwecke auf 55 Pf. vorgeschlagen, ein Antrag unserer Genossen zeitigte aber den erwähnten Widerspruch. Weiter wurde die Einführung des Berliner Tarifs für Elektrizitätsabnehmer beschlossen. Die Regelung der Gehälter und Löhne für Beamte und Angestellte wurde noch einmal vertagt und an die Kommission zurückverwiesen. Eine Magistratsvorlage behandelt die Errichtung eines Wohlfahrtsamts. Die Vorlage wurde einer besonderen Kommission überwiefen, die Ausschreibung, Gehaltsfestsetzung usw. regeln soll. Unsere Fraktion delegierte die Genossen Meier und Heibbe. Beschlüsse wurden, die Vorkauf im Reichsschloß in südliche Regie zu übernehmen. Ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen betreffend eines Aufrufes des Magistrats für Liebesgaben an die heimkehrenden Krieger wurde durch Beantwortung des Bürgermeisters erledigt.

**Spandau, Oberbürgermeister Dr. Boock.** In der gestrigen Sitzung der Stadtratsversammlung wurde Stadtrat Dr. Boock mit 58 von 58 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt.

## Groß-Berliner Lebensmittel.

**Kampelhof.** Einwohner, die in der Woche vom 13. bis 18. auf die Abchnitte 20a—e und in der Woche vom 19. bis 25. auf die Abchnitte 21a—e der Kartoffelstelle Kartoffeln nicht erhalten konnten, erhalten vom Sonnabend bis Dienstag pro Abchnitt 50 Gramm Küllentrostmehl (Menge 70 Pf.). Die Abchnitte 20 und 21 berechnen nur noch 1/2 einstellig morgen zum Besatz von Kartoffeln. — In der Woche vom 26. ab wieder 5 Pf. Kartoffeln, 500 Gramm Marmelade auf Abchnitt 24 der Kreisstraße, ferner für Jugendliche auf die Abchnitte 23 und 24 je 100 Gramm Gries (Kampelhof vom Sonnabend bis Dienstag), auf Abchnitt 18 der Kreisstraße 150 Gramm Graupen und auf 21 200 Gramm Hafenerbsenmehl oder Suppen oder Gries (Kampelhof vom Sonnabend bis Dienstag). Auf Abchnitt 4 K der Kreisstraße-Zusatzkarte 250 Gramm ausländisches oder inländisches Weizenmehl.

**Mariendorf.** Als Ersatz für fehlende Kartoffeln 200 Gramm Gerstentoppen, auf 210 Kartoffelmehl. An Kinder vom 6.—12. Lebensjahr auf Weizenmehl und an werdende Mütter im fünften bis sechsten Monat je zwei Wochen festsitzende Milch, 3 M. die Woche. Die Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahr, die noch nicht im Besitz einer Rogenmilchkarte sind, erhalten gegen Geburtsurkunde morgen Sonnabend auf der Volkshausstelle eine Rogenmilchkarte, die nur zum Besatz von je zwei Wochen festsitzender Milch berechtigt. Werden die Mütter im fünften bis sechsten Monat erhalten gegen die Bescheinigung eines Arztes oder einer Hebamme im Rathaus, Zimmer 28, den Bezugschein. Verkauf der Kondensmilch in den Gemeindepöden. Braune Lebensmittelkarte mit vorzulegen.

**Britz.** Ab 26. Mai zunächst 3 Pf. Kartoffeln. Als Ersatz für die fehlenden 2 Pf. wird neben Kartoffelmehl, worüber noch Bekanntmachung erfolgt, vorerst abgedeckt 20 Gramm Weizenkleie oder Holzkohle nach Maßgabe der verfügbaren Bestände auf die Abchnitte 22 und 6. Lebensmittel werden ab Montag nur in der Gemeindepöden-Verkaufsstelle abgegeben.

**Friedrichshagen.** Ausgabe von Brennstoff für Personen über 70 Jahre unter Vorlegung der Haushaltsliste und gegen Abgabe der entsprechenden Anzahl Zertifikate am Freitag und Sonnabend jeder Woche, besagt für Kinder unter Vorlegung der Haushaltsliste für Monat Juni.

**Kantow.** Es nur eine geringe Menge heißes Fleisch zur Verfügung steht, gelangen von den 250 Gramm Fleisch zum größten Teil Fleisch- und Wurstkonerven mit zur Ausgabe, 100 Gramm Fleischkonerven 25 Pf., 100 Gramm Wurstkonerven 70 Pf.

**Spandau.** Gegen Abchnitt 215 sind noch Heeringe zu haben. In allen Veränderungen von Braunernterstützungsscheinen und bei Einreichung neuer ärztlicher Atteste sind bis auf weiteres alle im Besitz der Familie befindlichen Scheine dieser Art einzureichen. Die Schlichter haben vielfach die Anträge vorher gespalten, das Wort entfernt und letzteres für sich verwertet. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dies absolut unzulässig ist und daß im Wiederholungsfall Bestrafung eintreten wird.

**Spandau.** Heute abend auf Feld 248 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Raimelade (1,30 M. je Pfund). Vom Sonnabend bis Donnerstag Verkauf von 100 Gramm Auslandsschmalz (90 Pf.) auf Abchnitt 13 der Zusatzkarte. Frische Fische und Fischkonerven werden freihändig abgegeben.

## Groß-Berliner Parteinaufrichten.

**Ad. Soziald. Arb.-Partei „Volkst. Front“ (Kulturverein Dorshof).** Miniret. 19. Sonnabend 8 Uhr Vortrag, Beginn von Redateur Jahrbuch über das Thema: Volkst. Front, die Aufgaben des jüdischen Sozialismus. Freunde und Gäste willkommen.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Achtung! Fleischer!** In der Fleischkonervenfabrik Haubel u. Haack, Fritz, Kämpelhof Weg, sind die Beschäftigten in den Ausstand getreten; auch in den Köhlhollen, Trebbiner Straße, haben sich die Kollegen der Firma dem Ausstand angeschlossen. Die Firma wird versuchen, Arbeitwillige zu bekommen, an der Geschlossenheit der Arbeiter wird ihre Absicht gescheitern.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Versammlung der Rechner sowie alle in der Schreibmaschinen- und Porenmaschinenbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen am Sonnabend, den 24. Mai, nachmittags 9 Uhr, im Lokal Weener, Eberstraße 30. Tagesordnung: Unsere Zustimmung zu dem Abkommen mit den Unternehmern.

Abends 8 Uhr findet eine Versammlung familiärer Betriebsräte, Leiter und Helfer Groß-Berlins im Gewerkschaftsraum, Guelstraße 15, Lokal 4, statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Verhandlungskommission 2. Diskussion, Beschlußfassung.

Am Montag, den 26. Mai, abends 7 Uhr, in den Eberhölzen, Müllerstraße 142: Sitzung der erweiterten Arbeiterverwaltung mit den geladenen Vertreterinnen der Metallindustrie. Arbeiterräte und Mitgliederbuch legitimiert.

Sonntag, 25. Mai, vormittags 10 Uhr: Versammlung aller in Köhlen und Metallgewerben beschäftigten Schmelzer, Gießer, Eisenarbeiter, Eisenarbeiter usw., im Lokal Südost, Weidenstraße 75. Tagesordnung: Wollen wir unser Lohnabkommen kündigen?



Generalversammlung der Brauereiarbeiter.

Zunächst gab Hodapp in längeren Ausführungen Erläuterungen zum abgeschlossenen Tarifvertrag; er weist dabei auf die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um Klarheit zu schaffen über die Einteilung der Arbeitszeit und die Entlohnung des Fachpersonals.

Am Schluß seiner Ausführungen kommt Hodapp auf die vielen eingegangenen Beschwerden betreffs Abschaffung der Postzulagen zu sprechen und macht darauf aufmerksam, daß seitens der Organisation hiergegen nicht eingeschritten werden könne, denn es sei ein Verlangen der Kollegen gemein, die auf Abschaffung derselben gedrängt haben.

Der Streik der Straßenbahner Schöneiche-Kallberge ist, wie aus dem Bureau des Transportarbeiterverbandes berichtet wird, beendet, nachdem am 20. d. M. eine Verhandlung zwischen der Organisation und dem Arbeitgeberverband erzielt worden ist.

Die Abhängigkeit der Arbeiter von der Betriebsleitung war der erwähnte Schöneicher Beschluß einstimmig gefaßt worden. Die Unabhängigen haben gleichfalls für den Antrag gestimmt, den Herren der Betriebsleitung und der den Verhandlungen beizuhörenden, 18 Stunden vorher in den Aufsichtsrat der Bahn gewählte Arbeitervertreter bestellte es.

Ein neuer Angestelltenverband. Vom Ortsrat der Berliner Arbeitervereine freier Angestelltenverbände wird und geschrieben, daß sich in den letzten Tagen wieder eine neue Organisation technischer Privatangestellter aufgeben hat unter dem Namen „Verband Deutscher Elektricitäts-Verbandsmitglieder“.

Am 10. d. M. die Obleute der Elektricitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg und beschlossen einstimmig, die Angestellten vor dem Eintritt in den Verband deutscher Elektricitäts-Verbandsmitglieder zu warnen.

Die Schließung der Heereswerkstätten in Spandau und die damit verbundene Kündigung der Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe veranlaßte die technischen Angestellten der Spandauer Heereswerkstätten in einer am Dienstag, den 20. Mai, in der Aula des Obersekundums zu Spandau veranstalteten Versammlung gegen die erfolgten Massenkündigungen zu protestieren.

Die Leitung der Betriebe ist den bisherigen Fachleuten zu übertragen; ihnen ist ein Betrag zu beizugeben, der aus Beiträgen der Arbeiter und Angestellten des Betriebes besteht. In einer Regierungserklärung zu diesem Beschluß wird dieser Satz noch weiter ausgeführt und gesagt: Die Spandauer Betriebe sind — soweit dies technisch durchführbar ist — baldigst in rationelle Friedensbetriebe umzustellen; bewährte Fachleute — Techniker und Kaufleute — erhalten die Führung.

Der Arbeiter und Angestellten selbst erfolgen. Die Versammelten stimmten einer in diesem Sinne gefaßten Resolution einstimmig zu.

Der Bund deutscher Telegraphenarbeiter erhalten wie unter Bezugnahme auf einen im Abendblatt des „Vorwärts“ vom 16. Mai enthaltenen Bericht über eine Versammlung der Telegraphenarbeiter in Groß-Berlin eine Zuschrift, die sich gegen die dem Bericht beigelegte Bemerkung richtet.

Der Obmann der Lohnkommission Ballenthi betont hierzu: Ich habe in dem Referat nicht das Verhalten der Vertreter der Reichspostverwaltung, denen ganz selbstverständlich Parteipolitik zugestanden werden muß, kritisiert, sondern den von der Verwaltung ernannten Beisitzer im Schlichtungsausschuß als für diesen Posten ungeeignet bezeichnet. Wenn man bedenkt, daß einer der Herren, Geh. Oberregierungsrat im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, der andere Geh. Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium ist, und der dritte sich selbst als Partei bezeichnet hat, so wird jeder von Voreingenommenheit freie Beurteiler zugeben müssen, daß die Zusammenfügung des Schlichtungsausschusses gelinde gesagt höchst unglücklich war und keinesfalls einen unparteiischen Schiedsspruch gewährleisten konnte.

Bemerkung der Redaktion. Wir haben diese Zuschrift in ihrem wesentlichen Inhalt wiedergegeben. In Wirklichkeit berichtigt sie gar nichts, sondern bestätigt lediglich, daß unsere Kritik über die irrtümliche Auffassung, die der Obmann Ballenthi über den Charakter des Schlichtungsausschusses in seiner Versammlung zum Ausdruck brachte, durchaus berechtigt war.

Handlungsgehilfen, Techniker, Werkmeister, Bureauangestellte! Die von der Gewerkschaftskommission übernommene Weiterführung der Aktion zur Wiedererlangung der aus den Spandauer Staatswerkstätten gestrichelten Lohn- und Arbeitsplatz wird auch von der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände unterstützt. Die Gewerkschaftskommission ist von der Haltung der A. L. B. verurteilt worden. Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände. A. L. B. Bund.

Obste aller Angestelltenvereine der Metallindustrie (Hauptgruppen 12, 13, 14 und 15). Dienstag, den 27. Mai, abends 6 Uhr, pünktlich, Sophienstr. 17/18. Tagesordnung: 1. Konstituierung des Vollversammlungsausschusses. 2. Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte. 3. Die Tarifverhandlungen. Die Führervereine sämtlicher übrigen Hauptgruppen werden gebeten, den Verhandlungen beizuwohnen.

Veranstaltung für Politik, Kultur, Wissenschaft, etc. in den Weigen Teil des Vortrags: Alfred Scholz, Redner; für Angelegenheiten: Theodor Bloch, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 8.

Wilhelmine Abitz. In der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit hat sie sich die Liebe und Achtung ihrer Mitarbeiterinnen erworben. Ihre ihrem Andenken! Personal und Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Buchdruckerei.

Kuhla-Pianos. Verkauf im Fachmagazin N 31, Watzstr. 17/18.

Spezialarzt Dr. med. Dammann. Berlin 107, Potsdamer Straße 123B. Haut- und Harnleiden nach besonderem naturgemäßem Keilverfahren.

Piano, Harmonium, Mandoline, Laute. Diverse Modelle und Preise.

Originelle Schmerz. Hausmittel für verschiedene Beschwerden.

Verkäufe. Kleider, Schuhe, Accessoires.

Geschäftsverkauf. Möbel, Haushaltsgegenstände.

Möbel. Bettstellen, Sofas, Stühle.

Fahrräder. Herrenrad, Damenrad.

Kaufgesuche. Verschiedene Waren gesucht.

Unterricht. Musik, Fremdsprachen.

Vermietungen. Zimmer, Wohnungen.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote.

Verkäufe. Kleider, Schuhe, Accessoires.

Geschäftsverkauf. Möbel, Haushaltsgegenstände.

Möbel. Bettstellen, Sofas, Stühle.

Fahrräder. Herrenrad, Damenrad.

Kaufgesuche. Verschiedene Waren gesucht.

Unterricht. Musik, Fremdsprachen.

Vermietungen. Zimmer, Wohnungen.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote.

Verkäufe. Kleider, Schuhe, Accessoires.

Geschäftsverkauf. Möbel, Haushaltsgegenstände.

Möbel. Bettstellen, Sofas, Stühle.

Fahrräder. Herrenrad, Damenrad.

Kaufgesuche. Verschiedene Waren gesucht.

Unterricht. Musik, Fremdsprachen.

Vermietungen. Zimmer, Wohnungen.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote.

Verkäufe. Kleider, Schuhe, Accessoires.

Geschäftsverkauf. Möbel, Haushaltsgegenstände.

Möbel. Bettstellen, Sofas, Stühle.

Fahrräder. Herrenrad, Damenrad.

Kaufgesuche. Verschiedene Waren gesucht.

Unterricht. Musik, Fremdsprachen.

Vermietungen. Zimmer, Wohnungen.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote.

Verkäufe. Kleider, Schuhe, Accessoires.

Geschäftsverkauf. Möbel, Haushaltsgegenstände.

Möbel. Bettstellen, Sofas, Stühle.

Fahrräder. Herrenrad, Damenrad.

Kaufgesuche. Verschiedene Waren gesucht.

Unterricht. Musik, Fremdsprachen.

Vermietungen. Zimmer, Wohnungen.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote.